**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/8881**

**16. Wahlperiode** 23. 04. 2008

# Antrag

**der Abgeordneten Monika Knoche, Hans-Kurt Hill, Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Eva Bulling-Schröter, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

## Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Energieversorgung in Deutschland für Strom, Wärme und Kraftstoffe basiert bisher weitgehend auf der Nutzung fossiler und nuklearer Brennstoffe. Die Ressourcen Öl, Gas und Uran reichen jedoch weltweit nur noch für wenige Jahrzehnte. Der Förderhöhepunkt beim Öl wird voraussichtlich schon in den nächsten zehn Jahren überschritten. Gleichzeitig steigt weltweit die Nachfrage nach fossilen Energieträgern rapide an. Die internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert einen steigenden globalen Bedarf um 50 Prozent bis 2030 und stellt gleichzeitig fest, dass dieser Weltölbedarf nicht durch existierende und gegenwärtig geplante Ölförderkapazitäten gedeckt werden könne. Trotz der nachholenden Entwicklung einiger Schwellen- und Entwicklungsländer wird der Pro-Kopf-Verbrauch in Industrieländern wie Deutschland auch in den nächsten Jahrzehnten im internationalen Vergleich mit am höchsten bleiben.

Die verbleibenden Vorräte an fossilen Rohstoffen konzentrieren sich auf wenige Regionen, während die Importabhängigkeit vieler Staaten steigt. Dadurch wird die Kontrolle über Energiequellen immer mehr zu einer Machtwährung in der internationalen Politik. Dies stellt für die friedliche Entwicklung im 21. Jahrhundert eine zentrale Herausforderung dar. Schon heute ist eine weltweite Militarisierung der Energieaußenpolitik unübersehbar. So führen die USA nicht nur Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch aus rohstoffstrategischen Gründen in Westafrika ihre militärische Präsenz aus. Auch Deutschland und die Europäische Union (EU) werden zunehmend zu Akteuren in energiebezogenen internationalen Krisen und Konflikten.

Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Bereits 1992 beschrieben die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ als eine Aufgabe der Bundeswehr. Das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ bestätigt diese Haltung. Durch die entsprechenden Konzeptionen der EU und der NATO ist Deutschland in strategische Planungen für militärische Einsätze zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen oder ihrer Transportrouten eingebunden. Die EU schließt zudem in Stellungnahmen zur neuen NATO-Strategie selbst atomare Erstschlagsoptionen nicht mehr aus.

In der sog. strategischen Ellipse von Nord-Russland über Zentralasien und den kaspischen Raum bis zum Persischen Golf lagert der Großteil der weltweiten fossilen Reserven. Verschiedene Akteure ringen permanent um die Vorherrschaft in dieser Region. Die gegenwärtige Politik der EU ist besonders in Zentralasien dazu angetan, potentielle Konflikte um Förderrechte, Lieferverträge und Transportrouten anzuheizen. Ein Beispiel dafür ist der Versuch, Russland durch den Bau der Nabucco-Pipeline energiepolitisch zu isolieren und die zentralasiatischen Gasvorkommen direkt an Europa anzubinden. An diesem Projekt sind unter anderem auch der deutsche Energiekonzern RWE und die Europäische Investitionsbank beteiligt. Zusätzlich ergeben sich neue Konflikte um territoriale Hoheitsansprüche durch das Abschmelzen der Polkappen. So führen die vermuteten Ressourcen in der Arktis bereits zur Aufrüstung der Marineverbände einiger Anrainerstaaten. Dringend geboten ist deshalb ein kooperativer Energiedialog zwischen der EU und Russland. Die Energiecharta leistet dies nicht. Da sie vor allem der Verfügung privatwirtschaftlicher Akteure über russische Energievorkommen dient, ist die Nichtratifizierung durch Russland nachvollziehbar.

Die ungebremste Verbrennung fossiler Energieträger ist Hauptursache des Klimawandels, der in den kommenden Jahrzehnten Menschen in vielen Regionen vor existenzielle Herausforderungen stellen wird. Die Klimaveränderungen werden ohne ein konsequentes Gegensteuern bereits in naher Zukunft die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern, bestehende Krisen verschärfen und neue Konfliktfelder eröffnen. Dies birgt ein großes Potential für gewalttätige Auseinandersetzungen. Das Strategiepapier „Klimawandel und internationale Sicherheit“ des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der Europäischen Kommission fordert den Ausbau militärischer Kapazitäten der EU als Reaktion auf die neuen Sicherheitsrisiken. Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament die Aufnahme von Energiesicherheitsklauseln in bilaterale Abkommen der EU. Diese Militarisierung der Klima- und Energiepolitik ist zurückzuweisen und durch einen multilateralen Energiedialog zu ersetzen.

Die zunehmende Knappheit endlicher Ressourcen durch steigenden Verbrauch und die Folgen des Klimawandels verschärfen Krisen und Konflikte, von denen vor allem die Menschen in armen Ländern betroffen sind. Aber auch in Deutschland kann diese Entwicklung die Energieversorgung gefährden und die soziale Schieflage vergrößern. Die Importabhängigkeit Deutschlands betrug im Jahr 2006 96 Prozent bei Erdöl und 84 Prozent bei Erdgas. Die EU ist gegenwärtig zu 57 Prozent von Gas- und zu 84 Prozent von Ölimporten abhängig. Die Tendenz ist in beiden Fällen steigend. Seit Ende 2001 ist der Ölpreis kontinuierlich von etwa 20 US-Dollar auf über 105 US-Dollar je Barrel gestiegen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht von einer Verdopplung des jetzigen Ölpreises in den nächsten zehn Jahren aus. Militärische Konflikte, Anschläge auf Pipelines und Förderanlagen oder Naturkatastrophen können in kurzer Zeit zu Auswirkungen auf die globale Versorgungssituation führen. Die bisherigen militärischen Interventionen in rohstoffreichen Regionen haben diese Gefahr deutlich erhöht. Diese hochsensible Situation führt zu spekulativen Ölgeschäften an den Börsen, die den Ölpreis um 10 bis 15 Dollar pro Barrel zusätzlich in die Höhe treiben. Finanzinvestoren an den Weltrohstoffmärkten tragen so zu den Preisschüben bei fossilen Rohstoffen wesentlich bei.

In Deutschland liegt die Energieversorgung überwiegend in den Händen privatwirtschaftlich agierender Konzerne. Deren vorrangiges Interesse besteht darin, hohe Rendite zu erzielen. Die bestehenden kartellartigen Strukturen in der Energiewirtschaft bieten den Unternehmen Möglichkeiten, überhöhte Energiepreise zu veranschlagen, und haben negative volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Folgen. Aufgrund der hohen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung bedarf es einer stärkeren Rolle der öffentlichen Hand

bei Entscheidungen über die Energiebereitstellung und -verteilung sowie über deren effiziente Nutzung.

Auch in vielen Förderländern wurden in den letzten Jahrzehnten die völlige Privatisierung und Liberalisierung im Energiebereich durchgesetzt. Dadurch verloren die Regierungen dieser Länder die Handhabe über ihre Ressourcen und büßten erhebliche politische Gestaltungsspielräume ein. Durch die (Re-)Nationalisierung der Rohstoffförderung in vielen Staaten in den letzten Jahren ergibt sich jetzt eine neue Chance für eine politische, kooperative Gestaltung der globalen Zusammenarbeit im Energiesektor.

Das heutige, auf fossile Rohstoffe fixierte Energiesystem ist nicht nachhaltig. Die durch die ungebremste Verbrennung von Mineralöl, Erdgas und Kohle ausgelösten Klimaveränderungen machen eine radikale globale Energiewende unumgänglich. Ein möglichst schneller und konsequenter Umstieg auf eine effiziente Energienutzung und regenerative Energien kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen, weil die Importabhängigkeit verringert wird und die Gesellschaft weniger anfällig gegenüber dem Kostenanstieg bei fossilen Rohstoffen ist. Die Entwicklung von Technologien zur nachhaltigen Energieerzeugung eröffnet außerdem neue wirtschaftliche Potentiale. Die von einschlägigen Interessengruppen proklamierte Renaissance der Kernenergie, die weltweit zum Bau neuer Atomkraftwerke führen soll, stellt keine Lösung dar. Die dabei entstehenden Proliferationsrisiken sind sicherheitspolitisch unverantwortlich. Die Endlichkeits- und Endlagerproblematik von Uran bzw. radioaktiven Abfällen und das hohe Betriebsrisiko von Atomanlagen sind zusätzliche Argumente für den schnellstmöglichen Ausstieg auch aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie.

Eine radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist daher eine zentrale Investition in ein friedliches 21. Jahrhundert. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Die gegenwärtigen Pläne der Bundesregierung und der EU zur Steigerung des Agrospritanteils als Ersatz für fossile Kraftstoffe sind jedoch ein Irrweg. Für die Nutzung von Agroenergie steht in Deutschland und Europa lediglich eine begrenzte Anbaufläche zur Verfügung. Die überhöhten Ziele werden nur erreicht werden können, wenn auf strukturarme großflächige Monokulturen und den massiven Import von Agrarkraftstoffen aus tropischen Ländern gesetzt wird. Dabei werden Umwelt- und Sozialstandards außer Acht gelassen. In den Ländern des Südens sind Regenwaldabholzung oder Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Regel. Zudem führt der vermehrte Anbau von Agrokraftstoffen zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Ein internationales Zertifizierungssystem für nachhaltig angebaute Energiepflanzen wird kaum wirksam greifen. Überhöhte Agrospritziele bringen daher zusätzliche Konfliktpotentiale mit sich und sind keine Alternative zu einer grundlegenden Wende in der Verkehrspolitik.

Überhöhte Energiepreise treffen in Deutschland vor allem sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen und international die Menschen in den Ländern, die wirtschaftlich wenig entwickelt sind. Das Programm des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Schuldenentlastung der HIPC-Staaten (Highly Indebted Poor Countries) kann bei 14 von 19 ölimportierenden Staaten Afrikas nicht einmal die gestiegenen Kosten für die Ölimporte ausgleichen. Die Förderung einer globalen Energiewende durch die richtige Energieaußenpolitik könnte deshalb auch ein wichtiges Instrument einer solidarischen globalen Strukturpolitik sein. Die Weltbank vergibt trotz ihrer Bekenntnisse zur Förderung erneuerbarer Energien nach wie vor nur einen kleinen Teil ihrer Energiekredite für dezentrale erneuerbare Energien und Energieeffizienzprogramme. Ungeachtet ihres eigenen „Extractive Industries Review“ von 2004, der ein

Auslaufen der Finanzierung von Öl- und Kohlevorhaben bis 2008 vorsah, hat die Weltbank gerade in den beiden letzten Jahren ihre Investitionen in fossile Energieprojekte enorm gesteigert. Ein konsequentes Umsteuern in der Energiefinanzierung durch die Weltbank und andere multilaterale Banken ist dringend geboten.

Energiepartnerschaften in Lateinamerika zeigen, dass Energieaußenpolitik auch solidarisch gestaltet und mit einer länderübergreifenden Sozialpolitik verbunden werden kann. Im Rahmen der Energieabkommen PetroCaribe und PetroSur profitieren überwiegend wirtschaftlich schwache, ölimportierende Länder der Karibik und Südamerikas von venezolanischen Öllieferungen zu Preisen unter Weltmarktniveau und von Krediten zu günstigen Konditionen. Die dadurch entstehenden finanziellen Spielräume der Importeure sollen in Entwicklungsprogramme fließen. Durch diese Abkommen und durch die Wiedergewinnung staatlicher Kontrolle über die Ressourcen streben die lateinamerikanischen Regierungen regionale Unabhängigkeit und politische Gestaltungsmöglichkeiten in der Energieversorgung an. Die ecuadorianische Regierung sucht derweil Unterstützung für ihre innovative Initiative, auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft – insbesondere die Industrieländer – das Land über einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds dafür teilweise entschädigt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Einsatz von Militär zur Sicherung der Energieversorgung auf nationaler und EU-Ebene sowie im Rahmen der NATO auszuschließen, sich stattdessen international für eine solidarische und auf Interessenausgleich zielende Lösung der Verteilungsproblematik in Energiefragen einzusetzen und die entsprechenden Strategiepapiere und Richtlinien in der EU und in Deutschland dahingehend zu ändern;
2. sich auf bilateraler und europäischer Ebene für einen konstruktiven Umgang mit wichtigen Förderländern einzusetzen, der die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der Beteiligten berücksichtigt;
3. die Energiecharta aufzugeben, um insbesondere mit Russland einen wirklichen Energiedialog aufzunehmen, der im Rahmen einer Neuauflage der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu führen und so in Abrüstungsbemühungen zu integrieren wäre;
4. mehr öffentliche Gelder in die Forschung und Förderung erneuerbarer Energien und eines geringeren Energieverbrauchs zu investieren und dabei einen Schwerpunkt auf die Förderung regional verfügbarer erneuerbarer Energieträger zu legen;
5. die Umsetzung des Treibhausgasminderungsziels von 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 konsequent voranzutreiben und das vorgelegte „Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ der Bundesregierung insbesondere um Maßnahmen im Verkehrssektor zu ergänzen;
6. die Ratifizierung der am 13. Dezember 2007 von den Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichneten Verträge von Lissabon, die eine Fortwirkung des EURATOM-Vertrages und somit der Förderung der Atomenergie vorsehen, unverzüglich auszusetzen;
7. sich auf EU-Ebene unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen um ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll für die Verabschiedung eines EU-Treibhausgasminderungsziels von 30 Prozent bis 2020 einzusetzen und in den Verhandlungen zur Überarbeitung der Richtlinie zum EU-Emissionshandel eine 100-prozentige Versteigerung der Emissionsrechte zu fordern;

8. die bisher zugesagten Zahlungen in die unter der Klimarahmenkonvention angesiedelten Fonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern (Least Developed Country Fund, Special Climate Change Fund) auf 40 Mio. Euro zu verdoppeln und die Zahlung in den Anpassungsfonds unter dem Kyoto-Protokoll für den Zeitraum 2008 bis 2012 auf 200 Mio. Euro zu erhöhen;
9. sich in den auf der UN-Klimakonferenz in Bali vereinbarten Verhandlungen über die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels für einen Finanzierungsmechanismus einzusetzen, der dem erwarteten Unterstützungsbedarf von 10 bis 85 Mrd. Euro jährlich gerecht wird;
10. die Finanzierung beziehungsweise Absicherung von fossilen Energie- und großen Staudammprojekten in der bilateralen Zusammenarbeit auslaufen zu lassen und ihren Einfluss in den multilateralen Banken dahingehend geltend zu machen;
11. im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mehr Mittel für die Förderung einer nachhaltigen, dezentralen Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energieträger und eines sparsamen Umgangs mit Energie in den Partnerländern bereitzustellen;
12. Energiepartnerschaften zu unterstützen, die den Handel von Energieträgern mit Perspektiven für eine internationale Sozialpolitik verknüpfen, und die Weiterentwicklung solcher Partnerschaften in Richtung einer ökologischen Energiewende durch Technologie- und Wissenstransfer zu befördern;
13. länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger zu unterstützen, die Beiträge zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktregionen leisten;
14. den von der ecuadorianischen Regierung eingerichteten Fonds zur Kompensierung von Einnahmeausfällen durch den Verzicht auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen finanziell zu unterstützen;
15. im Rahmen der EU und der Welthandelsorganisation für eine internationale Wirtschafts- und Handelspolitik einzutreten, die sich am Ziel einer fairen, sozialen und ökologischen Entwicklung ausrichtet, und neue Ansätze für eine Regionalisierung von Wertschöpfungsketten zu entwickeln;
16. den Anbau und die Nutzung von Biomasse ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten und den Import von Agrotreibstoffen und Biomasse aus großflächigem Anbau, Raubbau und Vertreibung mit einem Moratorium zu belegen;
17. für ein Moratorium bezüglich aller Vereinbarungen internationaler Organisationen oder der Industrieländer (OECD, WTO, NAFTA, EU) einzutreten, die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung zur Forcierung von Direktinvestitionen beinhalten;
18. die demokratische Kontrolle über die nationale Energieversorgung wiederzugewinnen, indem die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführt, das Energiekartell entflochten und die Energieversorgung rekommunalisiert werden. (Re-)Nationalisierungen der Energieversorgung in anderen Ländern sollen nicht behindert, sondern unterstützt werden.

Berlin, den 23. April 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333